

Berliner Morgenpost

AM SONNTAG

5. FEBRUAR 2017

Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE

Preis 1,90 Euro

Redaktionsschluss: 23:00 Uhr | H | Nr. 35/5 W.

Die Stunde der Bären

Bären-Jubel, Schicksale und praktische Informationen: Alles rund um die kommenden Filmfestspiele – inklusive dem großen Berlinale-Quiz im Sonderheft. **BIZ**



Im Kiez mit Daniel Brühl

Der Berliner Spaziergang geht mit dem Schauspieler Daniel Brühl durch seinen Kiez in Prenzlauer Berg. Dort hat er gerade eine Tapas-Bar eröffnet. **Seite 3**

Trump und die Folgen



Wie die Einreisepolitik des US-Präsidenten Berliner betrifft. **Seite 13**



Abwärts in den Rocky Mountains

Die Skigebiete an Kanadas Westküste gehören zu den besten Nordamerikas. Was die Pisten in der Nähe von Vancouver und Calgary alles bieten, lesen Sie in der Reisebeilage. **Seite R 4**

Union mit mehr Geschlossenheit gegen Schulz und die SPD

MÜNCHEN – Kurz vor dem Versöhnungstreffen der Unionsspitzen am heutigen Sonntag haben die beiden Generalsekretäre zum gemeinsamen Kampf gegen eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene aufgerufen. Die Alternativen lägen auf der Hand: eine bürgerliche Regierung unter Angela Merkel oder Rot-Rot-Grün unter dem Sozialdemokraten Martin Schulz, sagte CDU-Generalsekretär Peter Tauber. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer betonte, bei der Bundestagswahl stehe Deutschland vor einer Richtungsentscheidung. „Rot-Rot-Grün hat jetzt ein Gesicht“, und das sei SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Das Münchner Treffen sei der „Start für den gemeinsamen Weg zum Erfolg“, wie er sagte. „Es gibt eine große gemeinsame Schnittmenge – und die Akzeptanz der wenigen Unterschiede.“ Tauber sagte: „Geschwister halten zusammen, wenn es darauf ankommt – und im Wahljahr kommt es darauf an.“ **Seiten 2 und 4**

Berlin braucht mehr Staatsanwälte für Kampf gegen den Terrorismus

Generalbundesanwalt sieht seine Behörde überlastet und bittet Länder in Brandbrief um personelle Hilfe

JENS ANKER UND HANS NIBBRIG

BERLIN/KARLSRUHE – Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus will die Berliner Justiz die Staatsanwaltschaft stärken. „Wenn es mehr zu tun gibt, werden wir personell umstern“, sagte Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) am Sonnabend der Berliner Morgenpost. „Die alte Koalition hat vor allem auf die Schwerpunkte Rocker- und Internetkriminalität gesetzt“, sagte Behrendt. „Das hatte seine Berechtigung, aber ich werde jetzt mehr in Richtung Islamismus und Terrorismus nachsteuern.“ Behrendt reagierte damit auch auf einen Hilferuf, mit dem sich Generalbundesanwalt Peter Frank nach „Spiegel“-Informationen an die Justizminister der 16 Bundesländer gewandt und personelle Verstärkung angefordert habe. Aufgrund der Vielzahl von Terrorverfahren „sind die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Bundesanwaltschaft erreicht“, zitiert das Magazin aus einem Brief Franks an die Minister, der vergangene Woche verschickt worden sein soll.

Der Generalbundesanwalt habe in den vergangenen Monaten zwar wegen Überlastung Verfahren an Berlin abgegeben, ein Brandbrief des Bundesanwaltes mit der Bitte um personelle Unterstützung sei in Berlin aber noch nicht angekommen, erklärte Justizsenator Behrendt. In der Staatsanwaltschaft selbst wurde auf die Senatsjustizverwaltung verwiesen. Ein erfahrener Oberstaatsanwalt sagte allerdings, die Situation in Berlin sei ebenfalls angespannt, die Justiz sei derzeit nicht in der Lage, Personal abzugeben. „Mit etwa 300 Staatsanwälten können wir jetzt schon kaum noch unser Pensum bewältigen“ so der Anklagevertreter.

Er ergänzte, nicht nur die zu geringe Zahl der Staatsanwälte, auch die chronische Unterbesetzung bei den Mitarbeitern der Geschäftsstellen stelle in Berlin ein massives Problem dar. Zudem müssen Leitungsstellen bei der Staatsanwaltschaft neu besetzt werden. So hatte Generalstaatsanwalt Ralf Rother im Sommer 2016 das Pensionsalter erreicht, bleibt aber noch so lange im Amt, bis ein Nachfolger benannt ist.

Dies soll nach Morgenpost-Informationen in Kürze erfolgen.

In seinem Brief bittet Generalbundesanwalt Frank laut „Spiegel“ die Ressortchefs eindringlich, Staatsanwälte und Richter zur Unterstützung an die Bundesanwaltschaft zu entsenden: Bekämpfung des Terrors und Verhinderung von Anschlägen sei „eine gesamtstaatliche Aufgabe, die meine Behörde ohne ausreichende personelle Unterstützung durch die Länder nicht mehr umfassend gewährleisten kann“.

Dem Bericht zufolge wurde der in Kopie an Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) geschickte Brief in Justizkreisen als ebenso beispiellos wie „unfassbar“ bewertet. Während die Bundesregierung das Bundeskriminalamt und die Geheimdienste massiv aufrüstet, müsse der Generalbundesanwalt in den Ländern um Personal betteln. Als Zeichen für die Überlastung wertete der „Spiegel“, dass der Generalbundesanwalt seit einiger Zeit zunehmend Verfahren an Landesstaatsanwaltschaften abgebe. Den Brief wollte das Bundesjustizministerium am Sonnabend

auf Anfrage nicht kommentieren. Ein Sprecher sagte, die Bundesanwaltschaft habe im vergangenen Jahr 17 zusätzliche Stellen bekommen und dieses Jahr noch einmal zehn. Auch die Bundesanwaltschaft äußerte sich am Sonnabend zunächst nicht dazu.

Die Grünen sehen im Personalmangel der für Terrorermittlungen zuständigen Bundesanwaltschaft ein Versäumnis der Bundesregierung. „In Zeiten terroristischer Bedrohung ist ein Bettelbrief des Generalbundesanwaltes wie eine Alarmsirene“, sagte Renate Künast, die dem Rechtsausschuss des Bundestages vorsitzt, am Sonnabend. Justizminister Maas solle „unverzüglich einen Vorschlag zur Behebung der Personalmangels“ vorlegen. Es reiche nicht, „ständig symbolhaft Strafverschärfungen zu fordern“, der Staat müsse auch ermitteln und anklagen können.

Die Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe verfolgt Straftaten gegen die innere und äußere Sicherheit, also etwa Landesverrat oder Terrorismus. Die Behörde hat etwa 200 Mitarbeiter. **(mit dpa)**

Zoo und Tierpark im Bundesvergleich attraktiv und preiswert

BERLIN – Berliner Zoo und Tierpark gehören im Bundesvergleich zu den preiswertesten und artenreichsten Einrichtungen. Das geht aus einer Preis-Leistungs-Analyse der Berliner Finanzverwaltung hervor. Mit 13 Euro für eine Tageskarte belegt der Tierpark Rang zwei hinter Dresden (12 Euro). Der Zoo rangiert mit 14,50 Euro auf Rang fünf. Für die Analyse verglich die Finanzverwaltung die Preise und das Angebot von 15 Zoos in Deutschland und den Einrichtungen in Wien und Zürich. Der Zoo am Hardenbergplatz in Charlottenburg ist weiter der stärkste Besuchermagnet. Mit jährlich rund 3,3 Millionen Besuchern lockt er mit Abstand die meisten Gäste an. Es folgen Wien (2,5 Millionen Besucher) und München (2,2 Millionen). Im Tierpark waren es zuletzt 1,1 Millionen Gäste. Um die Attraktivität des Tierparks zu erhöhen, soll die Einrichtung bis 2030 mit 95 Millionen Euro aus- und umgebaut werden. **Seiten 2 und 9**

Ja, ich bin ein Fortschrittswelcher, und zwar so lange, bis es der Menschheit gelingt, ein Flugzeug höflich, zügig und schlaue zu verlassen.

Das geht schon beim Bus los. Ältere Herren, ja, es sind fast immer Männer, mit der gewinnenden Aura eines New Yorker Immobilienhais postieren sich zuverläßlich in beiden Einstiegen des Busses. Klar, wer an der Tür lauert, kann als Erster ins Freie springen und spart wertvolle 27 Sekunden Lebenszeit auf dem Weg zum Gepäckband, wo man sich breitschultrig am Auswurf postiert. Oder ist es die Blase? Es gibt sieben Sorten Inkontinenz.

Die erhoffte Zeitersparnis verpufft allerdings, weil der Bus nicht losfährt. Denn nachfolgende Passagiere mit regelwidrig großem Handgepäck kom-

Schumachers Woche



Lebensoptimierer sollten einfach zu Hause bleiben

Ohne zu drängeln, sind sie dort immer Erster

men an den Türstehern nicht vorbei. Diese Verteidigungslinie könnte sofort bei den Denver Broncos anfallen. Stau auf dem Rollfeld.

Der verzweifelte Ruf „Durchgehen!“ verhallt, obgleich mit einem höflichen „Bitte“ versehen. Steinerne Mienen. Auch Senioren haben mittlerweile kapiert, wie hilfreich diese Kopfhörer beim Realitätsverdrängen sind.

Der Busfahrer liest Zeitung. Früher hat er disziplinarische Ansagen gemacht. Sinnlos.

Der Optimierungswahn ist die Pest unserer Tage, auch in der Oper. Da treffen sich in der Pause die Schläuberger an der Garderobe. Die einen geben ihren Mantel jetzt erst ab, weil es endlich ruhig ist, die anderen holen ihre Jacke schon mal, weil es jetzt noch

ruhig ist. Was dem Bildungsbürger sein Garderobepausenstau, ist dem Außendienstler der Bustürsteherstau. Immerhin: Man kann in der Warteschlange gefrorene Fischstäbchen lutschen – da spart man noch mehr.

Der hinterste Bus rollt los. Klar, it's the Economy, stupid!, die Menschen aus den hinteren Reihen wissen halt, wie man sich in öffentlichen Verkehrsmitteln benimmt. Nun fährt auch unser Bus an. Am Flughafenterminal öffnen sich die Türen auf der gegenüberliegenden Seite. Türstehers Alptraum.

Kleiner Tipp für Lebensoptimierer: Einfach zu Hause bleiben. Dann ist man immer als Erster da.

Schumachers Woche erscheint jeden Sonntag in der Berliner Morgenpost

morgenpost.de

Nachrichten rund um die Uhr

FUSSBALL-BUNDESLIGA

Hertha zittert sich zum Sieg

Hertha BSC hat sich dank eines Blitztreffers von Genki Haraguchi mit dem ersten Sieg des Jahres im Kampf um die Europakalplätze zurückgemeldet.

Hertha BSC – FC Ingolstadt 04	1 : 0
TSG 1899 Hoffenheim – 1. FSV Mainz 05	4 : 0
1. FC Köln – VfL Wolfsburg	1 : 0
Bayern München – FC Schalke 04	1 : 1
Borussia Mönchengladbach – SC Freiburg	3 : 0
Borussia Dortmund – RB Leipzig	1 : 0

Weitere Berichte auf Seiten 21 und 22

GLÜCKSZAHLEN AM SONNABEND

Lotto:	2	16	28	37	39	49	
Superszahl:	8						
Spiegel 77:	3	7	2	0	3	5	2
Super 6:	3	0	4	2	5	1	

Alle Angaben ohne Gewähr

Kasupke sagt ...

... wie es ist

Wir ham Logierbesuch: Trude ihre alte Schulfreundin is aus New York einjeflogen – und war happy, dettse noch in Tejeil landen konnte. „Da fühlt man sich gleich Zuhause.“ Denn woltse wie früha zu Bolle oda Reichelt einkoofen jehn. „Jib's beedet nich mehr“, hab' ihr jessacht. Da war die Enttäuschung erstma groß. „Aba Butta Lindna und die Currywurst am Kudamm 195 sind noch da“, hab' i'ck se jetristet. Da war se erstma beruhlicht. Nur üba eens wundat se sich, det' sich hier bald mehr Leute üba den neuen US-Präsidenten Trump uffrejen als in Amerika. **kasupke@morgenpost.de**



INHALT

Meinung/Leserbriefe Seite 2
Börse 8, 9
Berlin 11-14
Brandenburg 15
Kultur 16, 17

Horoskop 18
TV-Programm 19
Sport 21-24
Wissen/Rätsel 25
Leute 26

WETTER Sonne und Wolken, überwiegend trocken



Heute wechseln sich Sonne und Wolken ab – zunächst müssen sich aber die Nebel- und Hochnebelfelder auflösen. Regen oder Sprühregen fällt jedoch nur vereinzelt, ansonsten bleibt es überwiegend trocken. Die Temperaturen erreichen Höchstwerte um 4 bis 6 Grad, nachts Rückgang auf Werte um den Gefrierpunkt. **Seite 26**

KONTAKT

Anschrift: Kurfürstendamm 22, 10719 Berlin
E-Mail: redaktion@morgenpost.de
Aboservice: 030-8872 77677
Redaktion: 030-8872 77887
Anzeigen: 030-8872 77660

IM INTERNET

Twitter
Aktuelles aus dem Newsroom
twitter.com/morgenpost

Werden Sie Fan von uns:
facebook.com/morgenpost

Einreise in die USA Berliner Hochschulpräsidenten warnen vor Folgen eines Stopps, Reisende müssen umplanen, Doppelstaatler sind ratlos

Was Trumps Politik für Berlin bedeutet

EMINA BENALIA, ISABEL METZGER UND UTA KESELING

Der Einreisestopp für Menschen aus sieben Ländern, den US-Präsident Donald Trump vor zehn Tagen verhängte, hat weltweit für Proteste gesorgt. Laut dem Erlass dürfen Staatsangehörige aus dem Irak, Iran, Syrien, Sudan, Libyen, Somalia und Jemen in den kommenden 90 Tagen nicht in die USA einreisen. Asylanträge von Flüchtlingen aus Syrien wurden unbefristet gestoppt. Trump begründete dies mit der „Sorge vor radikalen islamischen Terroristen“. Zwar stoppte ein Bundesrichter im Staat Washington am Freitag das von Trump erlassene Einreiseverbot, die Regierung hob die Visa-Sperren vorläufig auf. Doch das US-Präsidentamt kündigte umgehend Widerspruch gegen die Richterentscheidung an. Die Unsicherheit bleibt groß.

Das Dekret stößt in Berlin weiterhin auf großen Widerspruch, auch wenn es vor einigen Tagen abgeschwächt wurde. So wurden Staatsbürger aus einem dieser Länder an der US-Botschaft vor nächst nicht mehr zur Visa-Beantragung zugelassen. Inzwischen dürfen Reisende mit einer zweiten Staatsbürgerschaft nun doch in die USA einreisen, sofern sie einen Pass aus einem nicht gesperrten Land vorlegen. US-Gerichte urteilen zudem, dass ein Iraner trotz des Verbots einreisen dürfte, ebenso 28 Jemeniten.

In Berlin sind insgesamt fast 46.000 Menschen aus den sieben betroffenen Ländern gemeldet, knapp 12.000 haben eine doppelte Staatsbürgerschaft. Kritik an einem Einreisestopp äußerten unter anderem die Präsidenten und Rektoren der Hochschulen. „Damit werden Millionen von Menschen weltweit benachteiligt und diskriminiert“, so Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin. Er sieht direkte Auswirkungen auf die international vernetzte Forschung und Lehre. „Die Freie Universität unterstützt die Forderungen der europäischen Rektorenkonferenz EUA und der Hochschulrektorenkonferenz HRK, den Erlass rückgängig zu machen.“

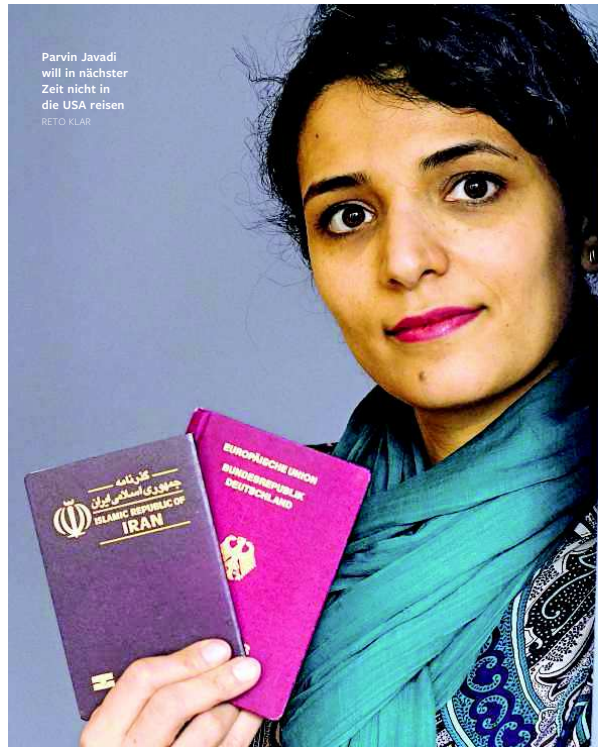
Auch Christian Thomsen, Präsident der Technischen Universität Berlin, schloss sich dem Statement an: „Wissenschaft ist kein nationales Konstrukt. Organisationen, die den internationalen Austausch zwischen Forscherinnen und Forschern sowie Studierenden beeinträchtigen, lehnen wir ab.“ In Potsdam ging bereits am Montag das internationale Hasso-Plattner-Institut an die Öffentlichkeit. Betroffen seien auch Forscher des HPI, so etwa eine langjährig in Deutschland forschende Doktorandin, die nun nicht am wissenschaftlichen Workshop an der Universität Stanford teilnehmen könne. Mit Stanford arbeite das HPI seit zehn Jahren eng zusammen. Welche Folgen ein temporärer Einreisestopp für die Berliner Wirtschaft haben könnte, sei dagegen noch nicht abzusehen, hieß es bei der IHK Berlin.

Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck wandte sich am Freitag in einem Interview gegen die Politik Donald Trumps. „Amerika war immer ein Leuchtturm der Freiheit“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Für dieses Amerika stehe eine Maßnahme wie das Einreiseverbot ganz sicher nicht. „Es widerspricht dem großen Traum von Freiheit und von der Gleichheit aller Menschen, ungeachtet ihrer Religion oder ihrer Herkunft“, sagte Gauck.

Melderechtlich registrierte Ausländer am Ort der Hauptwohnung in Berlin*

Staaten	Personen mit erster Staatsangehörigkeit (Ausland)	Personen mit zweiter Staatsangehörigkeit (Ausland)
Libyen	3216	46
Sudan	166	10
Somalia	384	28
Iran	4594	6556
Irak	8234	2304
Syrien	26.508	2556
Jemen	652	130
Gesamt	45.754	11.740

*am 30.6.2016 Grafik: vzw Quelle: Statistisches Landesamt



Parvin Javadi will in nächster Zeit nicht in die USA reisen
RETO KLAR

Was Reisende über einen Einreisestopp wissen müssen

THERESA MARTHUS

Für wen gilt das Einreiseverbot? Ein US-Bundesrichter hat den von Präsident Donald Trump am 27. Januar verfügten Einreisestopp für Staatsangehörige von Irak, Iran, Syrien, Sudan, Libyen, Somalia und Jemen zunächst gestoppt. Da weitere Verfahren anhängig sind, kann sich die Rechtslage aber schnell wieder ändern – zumal das Weiße Haus umgehend Widerspruch anfechtete.

Gibt es Ausnahmen?

Ja. 872 Flüchtlinge sollten in dieser Woche noch als Härtefälle ins Land gelassen werden. Bürger der betroffenen Staaten, die eine GreenCard, also eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung für die USA haben und im Ausland waren, als Präsident Trump das Dekret unterschrieb, können ebenfalls einreisen, stellte das Weiße Haus klar. Zuvor hieß es, auch GreenCard-Besitzer fielen unter den Bann und bräuchten eine zusätzliche Freigabe.

Was gilt für Deutsche mit zweiter Staatsangehörigkeit?

„Reisende werden auf Grundlage des Passes bewertet, den sie vorzeigen“, sagte Kevin McAleenan vom amerikanischen Heimatschutzministerium am Donnerstag. Das heißt: Deutsche Staatsbürger, die auch einen Pass aus einem der sieben genannten Länder haben, können mit ihrem deutschen Pass weiterhin in die USA reisen.

Wer braucht ein Visum für die USA?

Deutschland ist Teil des „Visa Waiver Program“. Deutsche Urlauber können ohne Visum bis zu 90 Tage in den Vereinigten Staaten verbringen. Sie müssen nur online eine Einreisegenehmigung (E-Visa) beantragen. Wer zusätzlich zur deutschen die Staatsbürgerschaft eines der sieben Länder besitzt, muss aber ein Visum beantragen – ebenso, wer nach dem 1. März 2011 im Irak, Iran, Syrien, Sudan, Libyen, Somalia oder Jemen war.

Was tun, wenn man von einem Einreisestopp betroffen ist?

Luftthansa und andere deutsche Airlines wollen diesen Kunden entgegenkommen und schon gebuchte Flüge auf die Zeit nach dem Einreisestopp umbuchen oder zum Teil sogar erstatten.

➤ Aktuelle Informationen zur Visa und Einreise in die USA: <https://de.usembassy.gov/de/visa/>

„Die erste USA-Reise hat mich geprägt“

Parvin Javadi (34), Politikwissenschaftlerin:

„Geboren und aufgewachsen in Teheran, zog ich vor rund zwölf Jahren wegen meines Studiums nach Deutschland. Nach meiner Promotion an der Freien Universität in Berlin bekam ich eine Anstellung, gründete hier eine Familie. Deutsche Staatsbürgerin bin ich seit 2013. Da der Iran seine Staatsbürger fast nie aus der Staatsangehörigkeit entlässt, besitze ich zwei Pässe. Als ich von dem Einreisestopp erfahren habe, blieb ich relativ gelassen. Ich habe gehofft, dass es nur eine kurze Phase ist, die bald wieder aufgehoben werden würde. Jedoch war ich auch nicht direkt betroffen. Ich hatte nicht vor, nach Amerika zu reisen. Das liegt an meinen bisherigen Erfahrungen. Vor allem die erste Reise im Jahr 2005, damals unter der Bush-Regierung, hat mich geprägt. Damals flog ich mit meiner Mutter nach San Francisco. Bei unserem Zwischenstopp in Atlanta bat uns

das Flughafen-Sicherheitspersonal mitzukommen. Sie führten uns in ein separiertes Zimmer und ließen uns dort sitzen. Es verging eine Stunde. Zwei. Drei. Nichts passierte. Keine Befragung. Keine Erklärungen. Lediglich ein „Bitte, setzen Sie sich wieder hin“, sobald ich nachfragte, wie lange es noch dauern würde. Nach zwölf Stunden hieß es dann plötzlich: „Alles klar, ihr könnt weiterreisen.“ Mehr Informationen gab es nicht. Bei der zweiten Reise als Studentin hat mich die Security aus der Reisegruppe rausgezogen. Dieses Mal dauerte das Verhör nur zwei Stunden. Deutlich reibungsloser verlief ein USA-Urlaub mit meinem Mann im Jahr 2011, also in der Amtszeit von Barack Obama. Obwohl das Einreiseverbot nun gelockert wurde, plane ich keine Reise in die Vereinigten Staaten. Ich bin einfach froh in einem so toleranten und sozialen Staat wie Deutschland leben zu können.“

„Die Entspannung ist mittlerweile dahin“

Douglas Selvae (51), Projektleiter der Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Unterlagen-Behörde:

„Meine Frau und ich hatten geplant, am 16. Februar nach Los Angeles zu fliegen, um ein Basketballspiel zu sehen. Das war als Geburtstagsgeschenk für unseren Sohn gedacht. Dann kam das Einreiseverbot. Und es war unklar, ob wir hinfliegen dürfen. Ich bin US-Amerikaner. Bevor ich 2008 nach Deutschland kam, habe ich dort als Historiker im Außenministerium gearbeitet. Meine Frau Sara (53) aber ist im Iran geboren, hat einen deutschen und einen iranischen Pass. Weil sie die doppelte Staatsangehörigkeit hat, beantragte sie letzten September ein Visum. Schon das war unangenehm. Aber zumindest ein ordentlicher Prozess. Als wir vom Einreiseverbot hörten, konnten wir das nicht glauben. Meine Frau lebt seit 23 Jahren in Deutschland. Sie hat hier studiert, arbeitet für eine US-amerikanische Firma. Wenigstens einmal im Jahr besuchen wir meine Eltern in Ohio. 2010 haben wir in den USA geheiratet. Weil wir es dort unkomplizierter fanden. Nicht so viel Bürokratie.“

Dieser Tag war das anders: Samstag nach der Verkündung des Einreiseverbots richt ich bei der US-Botschaft in Berlin an. Die gaben mir keine Auskunft. Stattdessen verwiesen sie mich an die Zoll- und Grenzschutzbehörde der USA. Dort hing ich in der Warteschleife. Schließlich sagte ein Mitarbeiter, dass meine Frau für die nächsten 90 Tage nicht einreisen dürfe. Auch nachdem Trump Mitte der Woche seinen Beschluss amliederte, fühlen wir uns unsicher. Wie kann das sein, dass eine Botschaft keine Auskunft gibt? Was, wenn wir an der Grenze trotzdem Probleme bekommen? Der Urlaub war als Entspannung gedacht. Die ist mittlerweile dahin. Wir überlegen deshalb, ob wir die Reise nicht doch stornieren.“



Douglas Selvae ANNIKA BAUER

Banner in den Straßen von San Francisco

Peri-Khan Aqrabi-Whitcomb (35), Beraterin für nachhaltige Politik, Strategie und Krisenmanagement. Lebt derzeit mit ihrem Mann und Kind in San Francisco:

„Unsere ersten Gedanken: Was würde passieren, wenn ich als Deutsch-Irakerin trotz meines 10-Jahres-Visums nicht mehr reinkomme? Wird mein Mann, gebürtiger Amerikaner, seinen Job als Journalist verlieren? Könnten wir wegen unseres politischen Engagements Probleme bekommen? Oder sollten wir, wenn wir schon mal hier in Kalifornien sind, einfach bleiben?“

Nein. Wir müssen zurück nach Berlin, schließlich leben wir noch dort. Geplant war es, drei Monate in San Francisco zu verbringen, um dann zu entscheiden, ob wir dauerhaft in die Nähe der Familie meines Mannes ziehen. Die Willkür der neuen US-Regierung hat uns die Entscheidung leichter gemacht. Wobei es wirklich ein Luxusdilemma ist, zwischen Kalifornien und Europa wählen zu müssen. Die Stimmung hier ist ziemlich heikel. Hier und da kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die Justizministerin wurde gefeuert, Beamte versetzt und bedroht. Etwas, was ich als Deutsche, aber auch als Kurdin von der Geschichte nur allzu gut kenne und was meinen beruflichen Werdegang bestimmt hat. Zeitgleich beobachten wir einen starken zivilen Widerstand: Anwälte kampieren an Flughäfen, um im Notfall juristisch eingreifen zu können. Die Menschenrechtsorganisation ACLU hat innerhalb von zwei Tagen 24 Millionen Dollar gespendet bekommen. Überall auf den Straßen von San Francisco sieht man Banner mit Sprüchen wie „Ich liebe meinen muslimischen Nachbarn“ oder „Steht auf gegen Rassismus! Kurz gesagt: Es gibt in der amerikanischen Millennial- und Babyboomer-Generation einen bisher nicht da gewesenen zivilen Aktivismus.“



Peri-Khan Aqrabi-Whitcomb PRIVAT

„Logisch ist die Regelung nicht“

Sadeh Sadeghipour (56), Vorstandsmitglied der iranischen Gemeinde in Deutschland und Geschäftsführerin einer IT-Firma:

„Ironischerweise saß ich gerade am Schreibtisch und habe mich erkundigt, welche Unterlagen ich für ein Visum in die USA einreichen muss. Nebenbei lief das Radio. Da hörte ich die Nachricht: „Donald Trump unterzeichnet ein Dekret, wonach Staatsangehörige von sieben Ländern nicht in die USA einreisen dürfen.“ Meine Recherche nahm ein abruptes Ende.“

Dabei stand eigentlich alles fest. Im Sommer wollten meine Frau, meine Kinder und ich unsere Verwandten in Kalifornien und Virginia besuchen. Die Verwandten haben sich gefreut. Und wir uns natürlich auch. Jetzt ging es nur noch um die organisatorischen Sachen: Visum beantragen, Flüge suchen. Nach der Nachricht entschlossen wir uns, die Reise auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Auch wenn die Regelung nur wenige Tage später wieder entschärft wurde, blieb ein unsicheres Gefühl. Einzuschätzen, welche Schritte Präsident Trump als nächstes vornimmt, ist beinahe unmöglich. Als Deutsch-Iraker haben wir das Glück, abwarten zu können, bevor wir eine Entscheidung treffen. Andere hingegen haben es nicht. Meine Verwandten in den Vereinigten Staaten haben mir erzählt, dass manche Landsleute ratlos, wenn nicht sogar verzweifelt sind. Viele haben Familie im Iran. Ein Zusammenfinden ist zumindest in den kommenden Monaten nicht möglich. Logisch ist die Begründung der Einreisebestimmungen für mich nicht. Menschen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit pauschal das Recht abzuschprengen, einreisen zu dürfen, ist diskriminierend. Und es ist verwunderlich, dass gerade die USA als Einwanderungsland solche Maßnahmen ergreift.“



Sadeh Sadeghipour RETO KLAR

„Würde mich nicht mehr willkommen fühlen“

Manouchehr Shamsrizi (28), Wissenschaftler des Exzellenzclusters der Humboldt-Universität und Start-up-Gründer:

„Einerseits sind viele Menschen vom Einreisestopp in die USA viel schlimmer betroffen als ich. Familien werden auseinandergerissen, viele müssen von jetzt auf gleich ihr komplettes Leben umplanen. Auch ich habe Freunde in den USA, für die das gilt. Trotzdem empört mich dieser Erlass. Er wird weitreichende Folgen haben, auch wenn er nun – auch vor dem Hintergrund gerichtlicher Überprüfungen – teilweise zurückgenommen wurde. Er stellt Menschen unter Generalverdacht und erzeugt große Verunsicherung, was wohl auch beabsichtigt war. Wie beliebt dieser Erlass ist, sieht man an mir. Ich bin gebürtiger Hamburger, lebe heute in Berlin, war noch nie im Iran, habe nicht mal einen iranischen Pass beantragt. Meine Eltern und Großeltern kamen lange vor meiner Geburt nach Deutschland, weil sie als Akademiker und Demokraten in Freiheit leben und arbeiten wollten. Ich glaube, ich fange erst jetzt wirklich an zu verstehen, was Demokratie für sie bedeutet. Noch Ende Dezember war ich zu einem Treffen mit dem damaligen US-Außenminister John Kerry in die Botschaft in Berlin eingeladen. Als Obama 2013 am Brandenburger Tor sprach, war ich ebenfalls eingeladen. 2010 war ich zu einem Forschungsemester an der Yale University in den USA, erst im vergangenen Sommer habe ich auf Einladung des US-Außenministeriums an der Stanford University unser Start-up vorgestellt. Eigentlich sollte ich darüber auch auf der anstehenden „South by Southwest“-Konferenz sprechen. Ich bin sicher nicht der einzige, der jetzt darüber nachdenkt, ob man noch in die USA reisen sollte. Ich würde mich dort nicht mehr willkommen fühlen.“



Manouchehr Shamsrizi RETO KLAR